

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
34 (1920)**

274 (23.11.1920)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-434970](#)

Die "Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Abonnementspreis bei Voranmeldung für einen Monat einfach 5.50 Mark, bei Abholen von der Post 5.00 Mark, durch die Post bezogen vierfach 14.10 Mark, monatlich 47.00 Mark auszgl. Belehrgefe.

Republik

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76,
Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Dienstag, 23. November 1920 • Nr. 274

Preis 25 Pf.

Bei den Inseraten wird die abspaltende Kleinzelle oder deren Raum für die Inseraten in Klappungen-Wilhelmsburg und Umgegend, sowie der Flächen mit 1.00 Mark berechnet, bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamepreise 4.-8. Minutenzeitungen zuverlässiger
Größere Inserate vorher erbeten.

Redaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 1265

Zur Lage in Oberschlesien.

Das Kattowitz wird uns geschieben:

Schweren Kampfes folgen in der Regel Tage der Muße und Sammlung. Dies zeigt sich augenblicklich auch in Oberschlesien. Die sich gegenüberstehenden Gegner, Deutsche und Polen, d. h. noch Polen neigende deutsche Staatsbürger, befinden gegenwärtig die Städte der vertriebenen Polnischen von sich auf den anderen abzuwählen. Es steht fest und ist nicht durch nach seelige Zeitungskarikaturen, Propaganda und Werbeträger aus der Welt zu schaffen, daß die von polnischer Seite verübten Gewalt- und Gewalttaten von langer Hand vorbereitet sind und die auf deutliche Sicht machen, daß der eigene Friede fortgeschritten ist in den Schatten treten. Wie haben freien Ankämpfung die Schilderung nationaler Freiheit während der ersten Kampfflage in der letzten oberschlesischen Aufstandsbewegung abzutreten. Die Arbeiterschaft ist hieraus kein Vorteil zu machen; sie hat jedoch Gemeinschaft mit diesen Elementen abgelehnt und weiß jetzt von jeder Schulde. Das Streben der oberösterreichischen Gewerkschaften und Parteigenossen ging darin, von ihrem Lande die polnisch-sowjetische Kriegsflotte fernzuhalten und der Neutralitätsförderung der deutschen Regierung auch in Oberschlesien Gestalt zu verschaffen. Die Arbeiterschaft war sich bewußt, daß wenn sie nicht alle geleglichen Mittel gegen die geheimen und offenen Koalitionen der Franzosen und Polen in Anwendung brächte, Oberschlesien als Aufmarschgebiet französischer Truppen gegen Polen und für Munitionstransporte für das polnische Heer dienen würde.

Das Streben der polnisch gefürchteten Bevölkerung mit Unterstützung französischer Truppen und polnischer Angreifer ging weiter. Sie wollten die letzte Aufstandsbewegung dazu benutzen, in einem Sturm Oberschlesien zu besetzen, die bald Friedensvertrag vorgesehene Abstimmung gegenständlos zu machen, Oberschlesien als Rekrutierungsbasis für das polnische Heer zu benutzen und die oberschlesische Gewerkschaftsleitung zu unterdrücken. Am Ende eines solchen Krieges mit jedem Preis zu einer Erfahrung kommen konnte. Neben den polnischen Gewerkschaftsleitern, Vertretern von Gewerkschaften, Städten und Kreisverbänden, die von der französischen Besetzung mit verhinderten werden, sollten, sollte genau wie im früheren Rückland, der Hubel, die polnische Rote. Sie übernahmen ganz Oberschlesien und oblige sich darüber ländliche Subsistenz, die in finanzieller Weise die Deutschlandseitige Verdauung untermissten und hinnehmen. Die Wochen der letzten Aufstandsbewegung in Oberschlesien im August und September werden denjenigen, die sie unterstützten, fest im Gedächtnis geprägt werden. Sie überbieten in mancher Beziehung die Grausamkeit des Weltkriegs.

Zurzeit wird in Oberschlesien, abgesehen von Einzelheiten, nicht mehr mit Handgranaten, Dolch, Gewehren und Molotowgewehren gearbeitet, sondern an Stelle dieser Waffen treten automatische Bewaffnung und kräftige Artillerie. Hierbei spielt die polnische Rote wieder eine sehr bedeutende Rolle. Polnische gerichtete Zeitungen schreiben wie Blas aus der Erde, in allen Städten werden Hotels mit polnischem Etikett ausgestattet und polnische Bankinstitute übernommen. Oberschlesien und gemessen immer mehr Einfluss auf Stadt- und Landesregierung und auf die oberösterreichische Berg-, und Industrie- und Handelskammer. Der polnische Vorsitzende der Gewerkschaften verfolgt die Bodenreform in ein Abkommensteuer-Gesetz, das den polnischen Banken gebracht, und der polnische Minister will tut sein Möglichstes zur Abstimmungsmaut gegen Deutschland. Zur besonderen Bedeutung möchte ich der deutschen Regierung empfehlen, ihr Augenmerk auf die Bergwerke und auf die Zittauer Industrie zu lenken. Polnische und französische Kapital sind an der Arbeit. Ich glaube, es bedarf keiner weiteren Worte.

Die Arbeiterschaft Oberschlesiens hat diese Gefahren längst erkannt, ist aber ohnmächtig, sie zu bannen. Dieselben Scheinheilungen zerstörten und zerstören Deutschland und lämmten ihre Aktionskraft. Ganz kommt noch die nationale Gegen-Partei zwischen den politisch und demokratischen Arbeiterschaften, die ein geschlossenes Handeln zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung lädt. Blindlings taumelt das oberösterreichische Volk dem Unheil entgegen. Beide Kreise, vornehmlich dem Arbeiterschaft angehören, verhindern die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge, die politischen Freiheiten eines Sachsen. Die französische Politik eines Landes nicht zu vertreten. Für sie ist der augenblickliche materielle Vorteil alles, die Zukunft nichts. Gerade so läßt sich in Oberschlesien der Materialismus ausdrücken; um welche Macht bewirkt man dort den Verteilungskampf und Narrenkrieg. Ein Teil wird für den anderen Opfer bringen, andere werden aus der Kortoffel kommen, um Preise von 20 bis 22 Mark der Rentner abzugeben. Dieser Erfolg liegt die politischen Verbände und Parteien keine Rücksicht, sie erwirken ebenfalls große Abschläge und holen die Kortoffeln zu 15 Mark. Rücksicht nimmt der Heug war, Mitglied einer politischen Vereinigung zu werden und den Verteilung für ein halbes Jahr voraus zu zahlen. Nicht hunderte, sondern tausende, darunter leider auch organisierte deutsche Arbeiter und Gewerkschaftsangehörige bitten an diesen Äderen. Sie tragen aus unzähligen Verbänden aus und wurden für billige Kortoffeln steuern. Anhänger politischer Verbandsgruppen. Dies ist nur ein Beispiel von vielen.

Wir sind uns klar darüber, daß Deutschland kein schwererer Schlag treffen könnte, als Oberschlesien zu verlieren. Zu dem schon vorhandenen Elend, grausiger Tod und Entehrungen aller Art würde bei Verlust Oberschlesiens der deutsche Volkswirtschaft und seiner Industrie nicht nur der Dolch ins Rückgrat, sondern direkt ins Herz gelassen werden. Wir waren am Ende. Für die deutsche Arbeiterschaft würde eine Zeit unvorstellbarer Elends beginnen. Für Millionen wäre keine Arbeits- und Verdienstmöglichkeit mehr vorhanden, sie müßten auswandern und werden aus dem Lande ausgeworfen zu haben, Kortoffeln und Kortoffeler der kleinen Städte.

Es muß offen ausgegesprochen werden, die Verhältnisse in Oberschlesien stehen für uns nicht sehr günstig. Es nutzt uns gar nichts, wollen wir im übrigen Deutschland bei Gelegenheit von Demonstrationen für unsere oberschlesischen Brüder uns stellen.

Totenmontag in Paris.

Wie heute aus Paris gemeldet wird, hat dort gekämpft der deutsche Soldaten aus dem Friedhof, wo die Pariser Polizei gegen die deutschen Soldaten rückten, einen Krampf niedergelegt. Umgeben von den Beamten der Polizei hielt er eine Ansprache, in der er Deutschlands Zukunft feierte und betonte, daß er diesen Krampf im Auftrag der deutschen Regierung und des Kaiserstaates niedergelegt.

Neue Kinderzulagen für Beamte.

Der Deutsche Beamtenbund hatte einen Antrag auf Errichtung der laufenden Erneuerungszulage für Beamte gestellt. Auf diesen Antrag hat die Reichsregierung am Sonnabend beschlossen, eine Erhöhung der laufenden Kinderzulage einzutreten zu lassen. Eine entsprechende Vorlage wird bereits am heutigen Montag dem Reichsrat zugehen.

Deutschland und die Prager Vorkommnisse.

Aus Prag wird gemeldet: Der Deutsche Gesandt hat bei dem Präsidenten Schröder am Sonnabend eine Erklärung unterzeichnet, die die reichsdeutsche Staatsangehörigen unterstellt, da im Laufe der letzten Ereignisse gegen die Deutschen auch Reichsdeutsche mißhandelt wurden.

Ein Orgeschmann abgeblitzt.

Das badische Staatsministerium gibt folgendes bekannt: Am 18. November rägte im Tiergartenrestaurant zu Karlsruhe eine Versammlung, worin Generaldirektor von Bader über die Gründung einer Organisation sprach, deren Bildung durch private Personen die Teilnehmer in Konflikt mit den Straßengesetzen bringen kann. Wir warnen vor jeglicher Teilnahme an solchen Versuchen durch persönlichen Beirat oder Vertragsgruppe, da sie vorbereitete Handlungen zu terroristischen Unternehmungen heraufziehen. Außerdem sind solche Unternehmungen unverantwortlich mit dem Entwicklungsfaktor für die Sicherheit der Bevölkerung, fügt die Regierung ferner hinzu.

Tirols Arbeiter gegen Orgesch.

Aus Innsbruck wird gemeldet: Die sozialdemokratischen Arbeiter haben am Sonnabend nachmittags den Generalstreik erklärt.

selbst etwas vorgenommen, Versammlungen und feierliche Veranstaltungen zugunsten Oberschlesiens, wie vor wenigen Tagen auch in einer in Frankfurt a. M. stattfindet, mit Dr. Langer und Edward Graf als Festredner, helfen über die reichen Geschichten und Tatsachen nicht hinweg. Die deutsche Arbeiterschaft muß zur Tat schreiten, da die Regierung verfügt, nicht auch nicht in der Tat ist, weil sie durch den Verfall der Verträge Verzug gebunden, fügt die Regierung ferner hinzu.

Der Kampf um Oberschlesien wird und darf m. E. nicht in Oberschlesien selbst ausgetragen werden. Gleich, wie das Abstimmungsergebnis ausfällt, seine der beiden Parteien wird doch dem Plebisizit unterordnen, sondern wird versuchen, das Ergebnis zu fortsetzen. Der Bürgerkrieg in roter Form, Gewalt und Terror wird alles bisher in Oberschlesien erlebt weit in den Schatten stellen. Von dort, die oberösterreichische Bevölkerung nicht mit beteiligen in Nord- oder Süddeutschland auf eine Suite stellen. Ein Urteil hierüber steht nur dem zu, der den Land und Leute kennt und während der letzten Aufstandsbewegung an Ort und Stelle kennengelernt hat. — Die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften Deutschlands müssen wegen ihrer sehr andern Wege gehen. Eine Abstimmung wird dann bei der derzeitigen Regierung des Landes keine einwandfreie sein. Sie wird jeder demokratischen Grundlage und jeden freien Selbstbestimmungsrechts entbehren. Die gewerkschaftliche und die sozialistische Internationale muß aufrufen werden, sie müssen eine Revision des Verfallsvertrages, besonders für Oberschlesien, durchsetzen. Dies ist eine Lebensfrage für das gesamte deutsche Proletariat und sollte in Anbetracht der drohenden Gefahren, allen Dok und Doder, alle Parteipolitik und Zerstreuung aufgezögert werden.

Wer an diesem Ziel nicht mitarbeitet, der vermag sich nicht von dem Vorwurf des Verrats an der deutschen Arbeiterschaft zu freien. Auf ihm wird der Fluch von Millionen vernichtet. Proletariere gegen Polen.

Die Ergebnisse der Entwaffnung.

Wie die U. V. R. von zuhause Seite erfaßten, sind vom 15. September bis gegen Ende Oktober freiwillig abgeleistet: 88 Geschütze, 84 Minen- und ähnliche Werke, 21 Flammenwerfer, 167 Granatwerfer, 167 Gewehrgrenadierenwurfschreiber, 4818 Maschinengewehre, 1000 Maschinengewehre, 928 851 Gewehre, Karabiner und Taschenmesser, 651 Gewehre ohne Schloß, 6688 Pistolen und Revolver, 9273 Hand-, Wurf- und Gewehrgrenaten, 905,25 Kilogramm und 241 Stück Artillerie- und Minenwerfermunition, 17400 283 Stück Munition für Handfeuerwaffen, 17724 Artillerie- und Minenräder, Sprengkörper alter Art und 393 494 Handgranaten und Sprengkörper, sowie 178 770 Waffen, Handgranatenzünder und Sprengzünder, sowie 333 890 Kilogramm Gewehrkuli und 333 890 Kilogramm Gewehrkuli.

Die bereits bekannten Zahlen der angeschauten und beschädigten Waffen haben sich seit dem 20. Oktober um folgende Waffen erhöht: 18 Geschütze, 877 Maschinengewehre, 105 630 Gewehre, Karabiner und Taschenmesser, 651 Pistolen und Revolver, 208 Hand-, Wurf- und Gewehrgrenaten, 7 Leuchtgranaten, 1 Flammen- und 91 897 Stück Munition für Handfeuerwaffen, 14 Maschinengewehre, 100 542 Maschinengewehre, 2 Gewehrschäfte, 182 700 Gewehrkuli und 333 890 Kilogramm Gewehrkuli.

Angemeldet sind von Selbstschutzaorganisationen, Baden, 6785 Maschinengewehre und 834 494 Gewehre, und Karabiner.

600 Mann der Arbeiterschaft wurden neu bewaffnet und an die Grenze geführt. Die italienische Militärmission in Innsbruck hat der Bundesregierung für den Ratifikationspunkt angeboten. Das Innsbrucker Volkswirt meinte seit Freitag vermissen und verlangt den Offizieren und Soldatenräten des Kaiserstaates. Der Kaiserwachtmeister von Bayern räte, soll aber auf einer heutigen Meldung nichts angenommen werden. Die Zeitung der bayerischen Gewerkschaften hat während des Krieges, solange der Kaiserstaat bestand, nichts auszurichten. Schon damit nicht diplomatische Schwierigkeiten entstehen.

Konflikt im bayrischen Landtag.

Die Deputierten der Unabhängigen im bayerischen Landtag hat zum Protest gegen die Geschäftsführung des Landtagspräsidenten, der unabhängigen Redner am Freitag gehindert haben soll, und gegen eine Bertha-Brandenburg-Beratung der Kammer für diesen Abgeordneten sofort niederzulegen.

Polen und Russland.

Nachdem in den letzten Tagen von neuen Friedensplänen Polens kündigt worden, kommt heute eine friedliche Nachricht. Aus London wird nämlich berichtet: Das neutrale Bureau erfuhr, daß die seit einiger Zeit unterbrochenen russisch-polnischen Friedensverhandlungen in Wien wieder aufgenommen worden sind.

Bastillensturm in Athen.

Aus Athen wird gemeldet, daß die Minister des alten Regimes die Regierung verlassen haben. Nach dem kurzfristigen Besitz werden die politischen Gefangen in Freiheit gesetzt. Das diplomatische Büro sprach der neuen Regierung ihre Glückwünsche aus.

Die Dinge in Irland.

In den irischen Städten geht der Guerillakrieg ununterbrochen weiter. Nach einer heutigen Londoner Meldung sind gestern in Dublin zwölf englische Offiziere, die während des Krieges wüteten, getötet worden.

Der Wahnsinn der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Zu welch wahnsinnigen Konsequenzen die kapitalistische Weltwirtschaft führt, sei aus einer Darstellung hervor, die mit einem wirtschaftlichen Artikel der Wiener Neuen Freien Presse entnommen. Besonders wird darin die unheilvolle Wirkung der Valutaschwäche und der Valutadifferenz geschildert. Es heißt dort:

Zwischen den Ländern mit guter und jenen mit katastrophaler Abgrund; Bedürfnis und Angebot feinen nicht zusammen kommen. Die amerikanische Baumwolle ist fast vollständig. Der Preis für guten Weinware ist fast dem Jahresgehalt in Liverpool von 25 auf 12 Pence für das Pfund gestiegen. Die Spanier erlösen den Reis, einen Teil ihrer Produkte mit verdeckten und den Markt zu entlasten. In Australien liegen 2½ Millionen Tonnen Schafwolle unverkauft, Schafe und Schafe und verdeckt in den Lagern, können aber von der englischen Regierung nicht übernommen werden, weil die Nachfrage der europäischen Länder nach Sammargarn, Wolllustigen, Tuch usw. auf das allgemeine Maß beschränkt. Zwischenländische Sozialisten mühten während der letzten Wochen in den Vereinigten Staaten aufzubauen, der lange Aufstand nach dem Kriege ist bereits vorüber, eine schwere Krise des Unternehmens der ganzen Welt bereitet sich vor. In Indien, dem Lande, das durch den Krieg enorme Gewinne erzielt hat, haben große Venen die Zahlungen eingestellt und es muß ein allgemeines Moratorium verhängt werden. Arbeitsschlüsse beginnt sich in den Vereinigten Staaten einzufinden; dort wird der Gedanke erwogen, die Einwanderung, die im vorigen Jahre in einer Überflutung mit billigen Arbeitskräften eingesetzt hatte, gänzlich zu sperren. Die schwedische Höhe des Dolarkurses ist die Folge des Umstandes, daß Amerika seine Waren nur gegen Zahlung in eigener Valuta abgibt und selbst die am besten fundierten Noten der europäischen Länder nicht nehmen will. So erscheint die Entwicklung der Valuta mit der Ausweitung der Schwaden durch die Starke gleichbedeutend, die im Verlust der Rohstoffe sind, die Zahlung in Dollars oder Sonderwährungen und auf diese Weise den Preis der eigenen Währung unausgeglichen in die Höhe treiben. Aber diese Politik ist ihrer Grenze und rückt den Zeitpunkt immer näher, wenn alle europäischen Länder, allen voran Deutschland, das beständige Mangels als Käufer vollständig verfügen, weil sie sich die Dollars oder Pfunde für die Bezahlung überkauft nicht mehr verkaufen können. Eine solche standhaft gehaltene Absehung lehrt, daß dann gegen das eigene Land, auch nur auf kurze Zeit kann, eine Rache so großer Verbraucher, wie der mittelamerikanischen Länder, nicht entstehen wird, und die Folge ist eine Krise, die bei einer katalytischen Wirkung des Zahlungs- und Kreislaufsystems sicherlich vermieden oder erleichtert werden können.

Die Deutschen wissen nicht, wie mit das Geld zur notdürftigen Riedlung anstrengen sollen, weil die Stoffe unverhältnismäßig teuer sind. Wörrendesten muß man die Baumwolle in Amerika beziehen, um den Überflug loszuwerden und den Preis zu senken. Das wird durch das unheilvolle Wirken des privaten Kapitals noch eine Arbeitsschlüsse der ganzen Welt und eine kurzfristige Vereinigung der Arbeiterschaft herbeiführen. Es ist Zeit, daß das Proletariat der Welt wieder einig wird und der Tollheit seiner Peiniger das Handwerk legt.



Die Sozialisierungsdebatte.

Der Reichstag beriet am Sonnabend die sozialdemokratische Interpellation: Als die Reichsregierung den Antrag erläuterte, wann sie den schon wiederholten und belohnten eindeutig nach dem Abkommen von 1919 ausgestellten Gehaltserhöhung nach der Sozialaffiditatsverordnung des Kohlenbergbaus vorlegen wird, erhielt sie einen Eintritt, der sich nicht eins auf eine Gewissheit, Kapitalistische oder Geträgtätsbelastung der Arbeiterschaft, vielmehr die Vollgratialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung durchführen wird.

Wird. Thg. Bößler (Sos.) begründet die Interpellation. Der Reichsverkehrsminister Brauna hat erklärt, daß die Reichsregierung der Frage der Sozialisierung nicht aus dem Wege gewichen und daß der Reichsverkehrsminister befugt sei, unverzüglich die weitere Verfolgung der Angelegenheit zu betreiben, sobald der Reichstag den Sozialversicherungskommission vorliege. Dann daß das Reichsministerium des Wirtschaftsministers aufgefordert, den Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes umgehend vorzulegen. Zugleich erläutert, daß Reichsverkehrsminister von Brauna im Reichswirtschaftsrat erklärt, daß Reichsverkehrsminister siehe auch sehr bald geschlossen auf dem Boden der früheren sozialen Regierungen sich klar und bindlich festgestellt habe, wie sie aufgrund eines Gesetzes unverzüglich verfahren will, sobald der Sozialisierung ein muß, daher fragen: Auf welchen Standpunkt steht die Regierung jetzt? Wie sie vor den Gegnern der Sozialisierung, die jahre lang gegen sie gekämpft haben, verhalten werden? Daraus muß eine klipp und klar, endgültig Entschluß erzielt werden. (Schwester-Befrei bei der Sozialdemokratie). Ein historischer Rückblick auf die Geschichte des Bergbaus zeigt, daß es zum Jahre 1800 ein Direktionsstand: des preußischen Staates bestanden hat, daß offiziell bis zu diesem Zeitpunkt die Bergwerken nur die Bürgerlichkeit der Woden in Höhe gaben sind. Erst das Jahr 1890 hat die Freiheit des Bergbaus gebracht. Damals wurde aus den höher geprägten Bergtropfen ein schwer töpfendes Proletariat. Über auch damals hat sich die preußische Stadt des Eigentumsrechtes an den Woden nicht grundlegend abheben. Die Bediensteten später wiederum ein Eigentumsrecht geltend gemacht haben, muß das Sozialisierungsgesetz das Eigentumsrecht des Staates ungehindert in den Mittelpunkt stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Nebrigens haben schon 1877 die Bergwerken die Bergbaufreiheit selbst reduziert, um der Überproduktion und der lästigen Konkurrenz vorzubürgen. Die Idee des Gesetzes über die Bergbaufreiheit war seitlang nicht mehr auftreffend, weil es dahin gekommen war, daß einige wenige Wirtschaftsgruppen sich des Bergbaus bemächtigt hatten. Auch der konfessionelle Nationalismus

Adolf Wagner trat für die Beschaffenheit dieser Monopole ein. Sein die Deutsche Tageszeitung war der Ansicht, daß die Städte nicht der Tributpfotulation ausgesetzt bleiben dürfe. Die bisher gemannten Vorstellungen waren rein privatkapitalistisch orientiert. Nun will jetzt der nicht mehr genügenden horizontalen Gliederung des Wirtschaftsbürokrates die vertikale Gliederung einführen. Nun will die einzelnen Produkte von ihrem Ursprung bei der Stadtbau bis zu ihrer letzten Verfeinerung zusammenlaufen. Die Folge davon wäre eine Vollzugsfassung ganzer Wirtschaftsprozesse unter privatkapitalistischer Herrschaft. Gegen diese Hobelsteinergesetze, die unter den jetzigen Verhältnissen ungewöhnlich sind, müßten wir uns entschieden wenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ganze Erste umkommen gegen den Sogabschließungsbedrohten besteht in diesem Wutantrieb in der Herauslösung von Kleinnoten, wodurch eine Gemeindebelästigung der Arbeiter erzielt werden soll. Es ist unmögl., darin auch nur eine fehlende Sozialisierung zu erkennen. Die Annahme dieser Vorstellung würde eine Auslieferung des gesamten Volkswohls an das Privatkapital bedeuten. Eine wesentliche Hobelsteinerschöpfung wäre notwendig, um die Kapitalverschuldung lösbar zu machen. Der Zweck der Sozialisierung ist nicht, die Nachs des Privatkapitals zu subtilisieren. Das, was man heute Sogabschließung Kapitalisierung nennen kann, lehnen wir ganz entschieden ab. Es ist an der Zeit, daß die persönlichen Interessen hinter die Interessen der Gesamtheit zurückgestellt werden. Es ist richtig, daß die Bergarbeiter, die über dem Grundgedanken der Sozialisierung nicht ganz klar sind, nur etwa 10 Prozent sind liefer in das Wesen der Sozialisierung des Hobelsteinerhauses eingedrungen. Es gilt, unfreie Kraft in den Dienst des Volkswagens, zur Hebung eben des Ganzen, zu stellen. Es ist Tatsoße, daß die Produktion an Hobeln in den letzten Monaten, mit Rückblick auf das Abkommen von Spa, stark gestiegen ist. Sollte aber die Regierung die Arbeiterschaft durch einen kommenden Gesetzentwurf enttäuschen, dann wären die Folgen nicht zu übersehen. Das wäre meiner Meinung der Anfang von noch viel größtem Elend. Durch die Reihen vieler hunderttausender Arbeiter steht der Ruf nach Gerechtigkeit, der in dem Gedanken der Sozialisierung und der Borden, ja nach dieser seinen Ausdruck findet. Die Enttäuschung wäre das schlimmste, was uns im gegenwärtigen Augenblick geschehen könnte.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Ernährungswirtschaft im Haushaltstauschauh des Reichstages. — Das große Defizit in der Brotversorgung. — Keine Brotzulieferung. — Das Brot im Westen. — Die Kartoffelpreise. — Die Kohlenzulieferung. — Die Vertrustung der

Im Haushaltshaushalt des Reichstages, in dem gegenwärtig die Erneuerungskraft auf Erweiterung steht, wurde vom Ministerium die Situation für das laufende Wirtschaftsjahr in recht düsteren Farben geschildert. Das Getreideproblem wird auf zwei Millionen Tonnen angesehen, wenn die dürftige Produktion aufzugehen scheint. Daraus werden folg. Ein Getreideberg, der in gleicher Höhe noch in seinem Wirtschaftsjahr vorhanden war. Der Ausgleich muß durch eine entsprechende Einfuhr herbeigeführt werden. Diese Einfuhrmenge wird nun um mehrere 500 000 Tonnen erhöht, die den Transportaufgaben überwunden werden sollen. Von diesen Einfuhren sind gegenwärtig bereits 570 000 Tonnen im Lande, ohne diese Einfuhr hätten wir bereits zu Beginn des Wirtschaftsjahrs nur einem Zusammenschluß der Getreideforschung geladenen, denn die Ableitung des Getreides ist gegenwärtig um ein so hieses Maß ausgenutzt, daß es einer Sabotage der Getreideablieferung gleichkommt. Mit müssen also, da die deutschen Landwirte nicht genügend Getreide abliefern, obwohl jüngst Getreidebedarf im Lande in den Händen der Landwirte in genügender Menge vorhanden sind. Gelegetzt zum Beispiel von 7000 Körbel die Tonnen einführen, während wir im Januar ungefähr 1700 Körbel dort haben. Die Regierung wird sonst genötigt, im laufenden Wirtschaftsjahr zehn sieben Milliarden Mark zur Sanktion dieser hohen ausländischen Getreidepreise aufzunehmen. Sie führt unangenehmer Zustand, der aber noch verschärft wird dadurch, daß heute weder das Ministerium noch jemand weiß, wie es möglich sein wird, bei Gewerbeleistung, die nach erforderlichen Abschlag von 902 000 Tonnen Getreidebelastung, die nach erforderlichen 1598 000 Tonnen zur Deckung des Getreidebedarfs herangekommen. Ob aber überhaupt hier bei der Schlamperei in der Verantwortung des Getreides in Acht gebrachte Menge inländischer Getreides ausreicht, ist jetzt in Frage zu stellen. Wo aber dann? Durch Erneuerung kommt.

Stoch schämmer nicht es in der Ausleseung des ganzen
Kämmerschreibens haben so gut wie nichts erhalten. Die

dachen könnte. (Zwischenruf und Widerspruch des Abg. Winnert (D. B.).) Sie sind absolut nicht autorisiert, für die Bergarbeiter das Wort zu erheben. Sie sind inspiriert vom christlichen Gewerbeverein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Mit Ihnen und unserer Mission vollkommen bewegt: die Siegeszug der Produktion zu erreichen und damit den Kolleganen zu dienen. Wir erwarten aber auch von der Regierung Verständnis und Entgegenkommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz: Zu der, wie ich am Anfang mit außerordentlich sachlichen und maßvollen Verständigung der Interpellation habe ich nomens der Reichsregierung zu erläutern: Die Reichsregierung wird auf Befund der Erklärung vom 27. Oktober einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Kohlenbergbaus mit großmündiger Befleckenung der gegebenen Abreißpflicht vorlegen. In gegenwärtigem Augenblick sind die Beratungen in der Sachverständigenkonferenz des norddeutschen Reichswirtschaftsrates noch nicht abgeschlossen. Um einigermäßige gemeinsame Grundlage für diese entscheidende Frage der Regezung unserer Wirtschaftsleben zu finden, wurde die ursprünglich nur aus Vertretern des Rohkohlenbergbaus bestehende Sachverständigenkonferenz um weitere Sachverständige ergänzt. Es wäre voreilig, schon vor der Abschluß der laufenden Beratungen ein Urteil oder einer Beschilderung zu geben. Der Verteilung habe ich nur wenige Worte hinzugefügt. Der Herr Vorsitzender hat an die Regierung die Frage gestellt, ob sie nach wie vor bereit sei, die gemeinwirtschaftliche Regelung des Kohlenbergbaus vorzunehmen. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß sie nicht einen Schritt vorwärts und zwei Schritte zurückwärts machen darf, sondern umgekehrt. Sie wird und muß einen geraden, aber wohl überlegten Weg eingeschlagen. Auch der Verteilung mußte anerkannt werden, daß die Frage der gemeinwirtschaftlichen Regelung nicht so ganz einfach zu lösen ist. Das ist so, weil mit großer Deutlichkeit darauf hervor, daß die Verteilung die Interessenten, die anderthalb Jahre lang, teils allein, teils zusammenhändig in der Reichsregierung gesessen hat, während dieser Zeit einen solchen Weg nicht vorgeschlagen vermagte. (Bedenkt den § 14 Absatz 1 Nr. 1 des Reichsverfassungsgesetzes.) Nach Aufstellung der Reichsregierung ist es vermeintlich, wenn wir dieser außerordentlich schwierigen Frage, die mit Rücksicht auf die allgemeine Bedeutung unserer Wirtschaft von innen und auch mit ganz besonderem Voricht angefaßt werden muß, jetzt unter Reichsregierung den konstitutiven Beratungen vorliegen, die augenscheinlich unter den ersten Sachverständigen auf diesem Gebiete befindlich waren. Deutlich wie immer müssen wir alle Verteilung dieses wichtigen Bitten, in dieser für das gesamte Wirtschaftsleben entscheidende Frage alle parteipolitischen Anschauungen zu unterdrücken und nur vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus mit uns und mit dem Sachverständigen zu prüfen, welche Erledigung dieser Frage dem Gemeinwohl von Nutzen sein könnte. Es ist nur einer sozialen Weg, der gegenüber ist auf der gemeinsamen Zusammenfassung aller produktiven Kräfte des Volkes und der zu einer Wbung führt, die für alle bedeutsig ist. Die Regierung kann bei einer Aufstellung ihrer Aufgaben nicht auf den derzeitigen Beratungen vorbereitet werden, muß vielmehr mit Ihnen wünschen, daß sie gedeihen mögen zum Segen des Vaterlandes. (Tiefbeifall.)

Abg. Bösl (Bente) schließt sich namens seiner
Fraktion den Erklärungen der Regierung an
und hofft, daß die Beratungen der Kommission möglichst bald zum
Abschluß gebracht werden. Wünsche dies nicht der Ball sein, dann
müsste die Regierung zunächst reich ihre Vorlage eindeutigen.
Wir halten es angemäßigt nicht für zweckmäßig in eine nähere
Beratung e' eingetreten.

Abg. Bösl (Bente): Die Selbstständigkeit der Direktoren
des Bergbaus steht in diesen Vorwörken nur auf dem Papier.
Wir müssen das Ergebnis der alten sozialen Verhandlungen Sicher-
heitssumission an werten. Die Volkssolidarität willt produktions-
orientiert und weiterende. Wie lehnen deshalb eine derartige
Regelung ab, worin und die Stimmung der sozialistischen Ar-
beiter nicht berücksichtigt ist. Nur der Gedanke der Arbeitsgemein-
schaft kann uns wieder hoch bringen. (Bravo rechts. Wider-)ruck

Abg. Kurtius (D. Vp.): Das Verfahren des Reichswirtschaftsfests ist noch nicht abgeschlossen, er hat bisher das Problem schon wesentlich gesetzert. Wir müssen seine Ergebnisse abwarten.

Abg. Dr. Lüdtke (Ulrichs, rechts): Die Frage der Sozialisierung, eine wichtige Nachfrage. Von der lebenden Regierung ist alles andere als eine Förderung der Sozialisierung zu erwarten. Eine bürgerliche Partei nach der anderen, die sich hinter diese Regierung gesellt; um interessanteren war die Gefälligkeit des Zentrum, das sich auf den Boden der Regierung gefestigt hat, ohne sie zu kennen. Über das Zentrum gewußt, daß die Regierung nun vom privatkapitalistischen Geist würde leben lassen? Die gewißlich Verantwortlichen werden die Haltung des Zentrums abdrücken läßt sein. Es heißt wie der Dendekamp auf der Spitze trifft, wenn die Rechtsparteien, die mit politischer Weise den Kapitalismus sichern wollen, uns den Sozialismus, wirtschaftliche Dinge verkaufen. Das ist ein sehr ungünstiger wirtschaftlicher Dinge

Landwirte liefern an den regulären Höchstpreisen keinen Hofstaub, nur mit 100 Prozent Umtaufloge ist auf Beutestreuseln ein Einfuhr möglich. Hebt es an Hofstaubmitteln, so müssen wir aus einem für Btier sehr wichtiges Rauhungsmitel, das am Ende einen Nutzen für die Leber so geringe Risikolösung, verachten.

Zu alledem gesellt sich nun noch der standhaue Gustost, daß Rauhungsmitel nach dem Ausland von gewissenlosen Elementen verschoben werden. Bei dem ungünstigen Stand des Volusto ist

der Anteil hierzu äußerst stark. Das Ministerium will jetzt solche Vergänge mit Bußgeldstrafe belegen. Aber viel wichtiger noch erscheint die Einführung einer strengen Personenkontrolle an der es vollkommen fehlt. Von dort ist Seinerzeit so hingestellt, als ob das ausdrücklich getretene Kabinett seine Autorität befehl-

hebe; aber so fälschlich wie genauerig ist es seiner Zeit der Schmuggel betrieben worden; es ist geradezu ein Hobus auf jene Staatskonzern, wenn jetzt unter Hitler Duldung die Deutschen ganz offen ihr landesübliches Gewerbe betreiben. Die schriftliche Anordnung der Wehrmacht bei einer Ausdehnung erfährt man leichter wieder, von einem Los im letzten sprechen kann. Es liegt nicht daran, daß infolge der unkontrollierbaren Waren, die ins Lande hineinkommen, unsere Bautata nicht gehebelt wird.

und einen Aufsichtsrat für den Handel, so ergibt sich, daß eine Prüfung durch Auslandsfleisch ausgeschlossen ist.

Der Ertrag der Kartoffelsoßen soll in diesem Jahre auf 37 Prozent höher sein als im Vorjahr, und der Mindestpreis erfordert mehr Kartoffeln bereits bestellt sind als im vorigen Wirtschaftsjahr; dennoch besteht in den großen Verarbeitungsbetrieben ein Mangel, der um so fühlbarer wird, da bei den gelegentlichen Preisen für alle Abnahmewilligen der Verbrauch von Kartoffelsoßen ungenommen hat. Die Vertreter des Landwirtschaftsministeriums derart, der Preis von 25 Pf. pro Körner gereicht die bestellten Kartoffelsoßen deckt, und begründen damit die hohe und ansteigende Preise. Das läßt nun sehr erheblich anders als die Voraus-
hauptung der agraristischen Partei, daß hier die hohen Kartoffelsoßenpreise der ehemaligen Minister des sozialdemokratischen Parteien-
kabinetts aus, insofern ein unzähliges

deitschaft darüber aussöhnen, was sie zu uns hat, um ihre Beziehungen dennoch durchzuführen. Die Verborgenkapitalisten tragen die Hauptlast an der Fortdauerung des Krieges und am unerträglichen Weltwirtschaftskrisse. Sie waren immer auf den eigenen Nutzen bedacht. Ein Verborgenkapitalist wollte sogar, daß sein Sohn jetzt ein Tugendhafte werde, damit sein Unternehmen und sein Sohn der transnationalen Regierung gehemmt (Söhn, heil!). Sie ließen die neuen Kapitalisten beispielweise in der Frage des Antritts des Deutschen Reiches um 1914 für die Sache eingehen, die leicht darin, „Sie richtig!“ sind. Wie mühsam zur Socialisierung gelangten. Die Arbeiter werden auf allen Gegenmaßnahmen ihrer bürgerlichen Parteien mit einem gesetzmäßigen Weg gegen. Wie können uns auch nicht davon überzeugen, daß die Frage der Socialisierung des Staates überhaupt mit einem einzigen Rückschlag auf andere brennende Fragen, z.B. Überleben und ähnliche, hinausgeschoben werden, um sie als Illusion zu verbergen.

Endlich als Worte zu verblasen.
Jancke (Soz.): Der Minister hat der früheren Regierung den Vorwurf gemacht, daß diese in einem Jahr Sein Sozialisierungsschach gezeigt habe. Der Vorwurf ist unberechtigt, denn die frühere Regierung, die meine Parteifreunde angehören, mußte zunächst den Friedensschluß abtreten. Dann wurde sie durch den Kapp-Putsch geföhrt. Der Minister und die Regierung dazu hingewiesen, daß die Arbeiters in den Kolonien nicht mehr warten wollen, daß man jetzt schon höher fährt, sei da von zu überzeugen, daß die Sozialisierung eine Arbeiters werden muß. Auch die Dr.-Bundesrepublik kann fordern Volkssozialisierung ohne jede Entschuldigung der Regierungsbefreiung. Sie nähern sich also dem Standpunkt der Bremer Abgeordneten. Auch die Sozialisierung nicht eingehen. So ist um mindestens ein Rückgang der Produktion sicher. Die Nichterfüllung der Sozialisierungsforderung bringt die Arbeiters einföhr zu tun, was sie in Interesse des Staates nicht unternehmen würden. Betonen, daß die Erregung im Ruhrgebiet ungemein groß geworden ist.

Dulitische Rundschau.

Swangergesetzunterricht von Reichswesen. In einem Streit zwischen den Reichsregierung und dem Freistaat Sachsen über die Frage der Erteilung des Religionsunterrichtes an den Volksschulen hat die Reichsregierung darin entschieden, daß die Bestimmung des sächsischen Religionsunterrichtsgesetzes vom 22. Juli 1920, wonach künftig nur den staatlichen Volksschulen kein Religionsunterricht mehr erteilt werden soll, mit den Vorstellungen der Reichsregierung nicht vereinbar steht. In gleicher Weise hat die Reichsregierung auch die Verordnungen der Arbeitse- und Schulbehörde in Hamburg und Bremen, durch die der Wegfall des Religionsunterrichtes in allen staatlichen Schulen vom Januar 1919 ab angeordnet ist, als mit der Reichsverfassung unvereinbar erklärt. Da nach Artikel 18 der Reichsverfassung Reichsrecht Landesrecht bricht, so steht durch diese mit Gesetzeskräftigkeit ausgestellte Entscheidung des Reichsgerichts endgültig fest, daß nunmehr in diesen Ländern der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Schulen gemäß Artikel 149 der Reichsverfassung eingeführt oder aufzuerthalten werden muß.

Prozeß gegen die Freiheit. Der Redakteur der Berliner Freiheit, Winckopp, war angeklagt wegen Verteidigung des preußischen Justiz. Das Blatt hatte den Verdächtigen vorgeworfen, daß er in der Verfolgung des Mörders an Hugo Haase wenig

Politische Krisen. Die deutsche Regierung hat wegen der Beteiligung der Kolonien eine Protestsnote an den Volksgerichtshof gesandt. Die Kommunisten und Rekonstitutionen Württemberg haben eine gemeinsame Zeitung geschaffen. — Die sozialistische Volksliste schafft eine gemeinsame Zeitung geschaffen. — Die Stadt Wiesbaden ist das Mutter der Unabhängigkeit in Hessen. — Solldorf, die Hessische Arbeitzeitung, durch geistige Verfassung am weitesten Erreichten verbunden. — Die Rekonstitutionen haben die gerichtliche Bekämpfung des Vertrages der Hessischen Arbeitzeitung durchgezogen, obwohl sie sich bereits ein anderes Blatt als Kopialblatt geschaffen haben. — Der frühere unabhängige Landwirtschaftsminister Höller ist, das Beispiel von Stauder, bestript und vielen anderen folgend, aus alten Sozialdemokratischen Parteiem zurückgetreten. — Der Hofschlosser hat beschlossen, daß die französischen und die britischen Truppen binnen kurzer Zeit Danzig zu verlassen haben. — Aufgrund einer Entscheidung des Volksgerichtshofs ist Generaloberst Dönhoff-Düsseldorf sein Mandat zum Reichstag verloren. Seine Stelle rückt der nächste sozialdemokratische Reichstagskandidat der verbündeten Radikalfreiheitseisen, Benoît Zeller, entgegen. — Ein in Erfurt Garnisonlager liegender unbekannter Fliegereideutscher, namens Karl Heinz Hoffmann aus Bamberg, beschuldigte sich, der Wörter Rosa Luxemburgs zu sein. Hoffmann ist Wörthmünster; die Ermittelungen über seine Persönlichkeit sind im Gange. — In Wien hat sich eine christlich-sociale Regierung gebildet. — Das sozialistische Gesamtministerium bei den neuen Landtag für Diensttag den 7. Dezember einberufen.

wurf, als bei der gegenwärtigen freien Wirtschaft die Höchstpreise aufgehoben sind. Insgesamt die Aussichten für unsere Tendenzwirtschaft sind die denkbar ungünstigsten, sie sind es geworden unter der freien Wirtschaft, wie werden im Frühjahr mit schwerer Seeze vor den Folgen dieser Wirtschaftspolitik

Die Kohlensozialisierung ist von der Kommission des Reichswirtschaftsrates in ein neues Stadium gebracht worden. Die enge Wirtschaftsgemeinschaft — die neue Begriffsbildung für Vertikalismus — die sich unter Führung der Großindustrie aufzubauen beginnt, wird als die Lösung des Problems empfohlen. Alles Vorstöße nach der Ausweitung von kleinen Unternehmen für die Arbeit in Vorrichtung gebracht. Ein sehr mageres, un-

Die Steinlohlensförderung hat in den ersten neuen Monaten des Jahres eine beträchtliche Zunahme erfahren, sie bleibt aber immer noch gegen die Förderung vor dem Krieg um rund 35 Millionen Tonnen zurück. Damit werden die Klagen der Industrie über ungenügende Belieferung verständlich. Die hohe Industrie verfügt sich weiter, die Rettung

In der Industrie verfolgt das Geschäft mit den Glühkämpfern des U. S. Patent- und Eigentums-Rechts, höchst mit ihren Bezeichnungen Rauchfängern, Wärmetauschern, Wärmeüberträgern, getroffen, die die Aufnahme in ihren Patenten der Patent-Kommanditgesellschaft, begrenzt, die Glühkämpferherstellung wird damit durch die Lieferung den wendigen Glassirren im Beweg gefährdet.

Aus alter Welt.

Millionenverschwendungen — Selbstmord der Gouverneur.
Baderborn verübt die längstjährige Buchholzer der Himmelskunst und Gründau's Unterdrückungen im Betrage von Millionen Mark. Seine Gouverneur verzweigte sich und schied aus.

Diese Liste erscheint
im Monat fünfmal.

Bezugsquellenliste

Anzeigen-Annahme
durch die Expedition

Zigaretten Zigaretten Tabak

Die feinsten Rauchtabake

die besten Qualitätsgaranten, die bekanntesten Zigaretten
taut man auf und hält bei

Adolf Timmermann

Münsterlingen, Wilhelmshavener Str. 28

und Vorlehrhalle gegenüber der Post in Münsterlingen.

Die billige Bezugsquelle
für Wiederverkäufer und Wiete.

Zigaretten

Ja. Tabac & Co.

preiswert und gut.

G. Lenzen, W. von Str. 36

Gut und preiswerte

Rauchwaren

G. Müller, Bremer Str. 50

Gute und preiswerte

Rauchwaren

Burg-Esse'

Euge Paul.

Raucher

taut man auf und hält bei

H. OEFFMANN

Ede König u. Sassenfrische

Vorlehrhalle gegenüber der Post in Münsterlingen.

G. Weine und Spirituosen

Zigaretten :: Zigaretten

Tabake, äußerst preiswert

W. H. Giers, Hinterstr. 34

(Werktor 4).

Kolonialwaren

Delikatessen

U. Jäger, Börnecke 103

Ostfriesischer Tee, Kaffee,

Schokolade, Rauchwaren, Choco-

u. Gemüse. Mit Tagespreisen.

TEE

ostfriesische Mischung.

Wiederverkäufer saut man in

bester Qualität bei

Bosser, Bismarckstr. 75.

J. Schulte, Börnecke 41.

tee, Kaffee, Teekannen,

Weine, Spirituosen.

A. Bösten

Bismarckstr. 59, Börnecke 174.

Wiederverkäufer, Kaffee, Tee,

Wurst, Fleischwaren, Salate,

Früchte, Getreide, Käse,

billige Tagespreise.

Johannessen

Bremmer Str. 92, Tel. 1473.

Fleischwaren, Salate, Käse,

Früchte, Getreide, Käse,

billige Tagespreise.

G. BAGINSKI

Wiederverkäufer 64.

Spez., alte Tee u. Kaffee,

Getreide, Käse, Salate,

billige Tagespreise.

J. Neißelberg

Wiederverkäufer 103, Börnecke 174.

Kolonialwaren, Käse, Salate,

billige Tagespreise.

A. Pröger

Königstraße 172.

Wiederverkäufer, Käse, Salate,

Tee, Kaffee, billige

J. A. Hippel, Königstraße 163

Gäbrikäthe, Gemüse, Käse,

Butter, Konfituren, Käse,

billige Tagespreise.

Johannes Arndt, Kaffee

am höheren Preis zu den

billigen Tagespreisen. Den-

gen, Salaten, Gemüsen.

Café Schultz

Jahns, Börnecke 109.

Café Kaffee, Börnecke 109.

Kaffee, Tee, Käse, billige

Café Käse, Börnecke 114

billige Käse, Butter, Wür-

waren, Aufschnitt.

Alkoholfreie Getränke

J. H. Busch Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Mechaniker

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.

Joh. Richard Regal.

Wiederverkäufer, Börnecke 109.

Augustenstr. 24, Tel. 1292.

Feinwaschereien

N. J. Reißl Nachs.